

VOLKSWACHT

Die Schlesien - Organ für die werktätige Bevölkerung

„Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Kurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5, Matthesstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Abonnementpreis im voraus für 12 Nummern wöchentlich 0,37 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn = 0,45 Rmt., monatlich 5 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn = 1,90 Rmt. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs-, und Wohnungsanzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postfachkonto: Breslau 38 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Abonnementpreis 10 Pf. Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt. Einzelnummer 10 Pf.

3. Jahrgang Donnerstag, den 7. Januar 1932 Nr. 5

Ernste Hochwassergefahr in Mitteldeutschland

Besonders Dessau bedroht — Arbeiter rettet die Stadt — Auch Norddeutschland betroffen Sturm über der Nordsee

Das fortgesetzte Tau- und Regenwetter hat die Gefahr einer Hochwasserkatastrophe in bedrohliche Nähe gerückt. Bei Dessau ist die Hochwassergefahr noch nicht überstanden. Die Dämme, die die Stadt vor der Elbe schützen, werden an nachgehenden Mittwochsabend mußte wieder die Reichswehrkompanie alarmiert werden. Man verzicht fieberhaft bemüht, eine Katastrophe zu verhüten. Obwohl der Wasserstand langsam fällt, ist der Druck der Fluten noch immer außerordentlich stark. An den Dämmen entstehen fortgesetzt neue Löcher, durch die das Wasser hindurchsickert. Als die Sirenen beim Anbruch des Hochwassers die Stadt alarmierten, ließ die anhaltische Regierung sofort Reichswehr anfordern. Für den Augenblick haben die Soldaten die Nacht gebüht. Sie liegen während in Alarmbereitschaft. Der Wasserstand ist augenblicklich um 4,40 Meter höher als im Jahr 1928. Sollte die Elbe nicht einem verhältnismäßig geringen Wasserstand gehabt, dann wäre eine Katastrophe für Dessau wahrscheinlich nicht zu vermeiden gewesen. Die Rettung der Stadt ist ein überaus schwieriges Unternehmen. Es besteht die Gefahr, daß die Hochwasser, wenn sie nicht durch die Kanalisation abfließen und nicht noch im letzten Augenblick das Schlimmste abwenden können, Steinfeld usw. haben etwas begriffen!

Die gemeinsame Gefahr hat beim Rettungswert die politischen Interessengegenstände zurücktreten lassen. Neben Schupo und Reichswehr haben 100 Reichsbanner- und 30 SA-Leute auf den Wallen Aufstellung genommen. Es wurden große Scheinwerfer aufmontiert, um die Arbeit der Nachwachsen zu erleichtern. Die Muldeniederungen bilden einen unübersehbaren See. Besonders gefährdet sind die Dörfer Solinig, Kleinsch und Rehan. Die Mühle der Salzflüsse hat namentlich die norddeutsche Tiefebene erreicht. Kilometerweit sind im Süden der Herde ganze Strecken von der Oder, Aller und Schunter überschwemmt. In Bienenburg wurde die Leiche des beim Fußballspielen in die Kadau gestürzten zehnjährigen Schülers gefunden. Der Zugverkehr von Goslar nach Altenau ruht noch völlig.

Überfüllte Rundgebungen der „Eisernen Front“

Kiel, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Eiserne Front“ der Arbeiterorganisationen in Schleswig-Holstein hat unter der Parole „Wir greifen an“ das neue Jahr in fast allen Städten mit großen Rundgebungen gegen den Faschismus eingeleitet. Bisher fanden nicht weniger als 40 Versammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren. Seit 1918 hat die Provinz derart überfüllte Versammlungen nicht mehr erlebt. Im Verlaufe dieser Woche werden noch weitere 50 Rundgebungen einberufen werden.

Dietrich mahnt das Bürgerium

Es muß die Republik verteidigen. Auf der Landesversammlung der mittleren Reichstagsparteien am Mittwoch über die politischen Zustände des Jahres 1932. Nachdem er die Gründe für das Entgehen der Weimarer Demokratie erörtert hat, mahnte Dietrich die Bürger zum Handeln. Die ruhige Aufnahme der letzten Reichsverordnung durch das deutsche Volk — so führte Dietrich aus — sei aufs höchste zu bemerken. Es sei der Reichsregierung damals verständlich geraten worden, nach dem Sturz des englischen Bündes auch die deutsche Mark absetzen zu lassen. Aber er sei gewiss, daß jede Regierung, die so gehandelt hätte, vom Volkssturm weggerafft worden wäre. Niemand wisse heute, ob es möglich sein werde, daß sich das Bünd wieder erhole. Das Reich müsse deshalb 14 Monate ohne einen Pfennig Kredit wirtschaften. Die Regierung sei aber entschlossen, durchzuhalten, um die Währung nicht zu gefährden und nach außen hin verhandlungsfähig zu bleiben.

Der linksradikale Richtum

Späte Einsichten — und keine Besserung

Langsam, sehr langsam und immer auf den Spuren der Weimarer Demokratie — und immer fünf Minuten vor zwölf — nähern die linksradikalen Gruppen hinter gewisse dringliche Forderungen. Man höre, was kürzlich der kommunistische Anführer, der linksradikale Seemann, Führer der linken KPD, zugestanden hat! Nach einem Bericht der Arbeiterstimme erklärte er in einer Sitzung der Bezirksleitung Sachsen der KPD am 20. Dezember 1931 in Leipzig: „Es gibt Stimmungen in der Partei, man solle Hitler nur an die Macht lassen, er werde dann schon „schwartz“ sein.“ Das ist gefährlich und falsch!

schon Volksbegehren dasselbe Bild, nur marschieren jetzt auch die Gewerkschaften mit, die vorher in der SPD, wie eine Auflösung des Schiedsrichters geordert haben. Ein schlimmeres politisches Durcheinander, als es dieses angeblich linksradikale Lager bietet, kann man sich kaum vorstellen. Während die Sozialdemokratie aus den ungeheuren Gefahren, die sich aus einer falschen Wählergewinnung für das Volk ergeben würden, die nötigen Konsequenzen zieht und die antifaschistische Wehrfront nach links und nach rechts zu erweitern sucht, soweit die republikanischen Gruppen reichen, brüllen KPD und SA-Gruppen bereits gegen die „Eiserne Front“ los. Der Revolutionär und Bolschewik Trotzki hat in seinen zwei jüngsten Broschüren zur Zusammenfassung aller antifaschistischen Arbeitermassen und ihrer gemeinsamen Mobilisierung gegen den Faschismus — die Gewerkschaften, Seemann und verwandte linksradikale Gruppen sind zu jenen klaren Konsequenzen nicht aufgerufen. Sie reichen gerade zu, die Gefahren der Situation zu erkennen, aber praktisch kommen sie von der Richtumspolitik des deutschen Kleinbürgers nicht los.

Ueber die deutschen Parteienverhältnisse führte Dietrich aus: Unter den bürgerlichen Parteien seien die Demokraten heute die einzigen, die die Forderungen der Zeit begriffen hätten. Bei der Deutschen Volkspartei und der Reichsbannerpartei sei überhaupt keine politische Linie zu beobachten. Sie hätten nur Schwärzereien und Krisen zu machen gewußt, während es doch die Hauptaufgabe sei, den Staat, so wie er ist, zu erhalten. Bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl würden die Wähler fallen. Sie sei die Frage des deutschen Schicksals überhaupt, gegen die auch die Preußen wählen an Bedeutung zurücktreten würden. Das Bürgerium würde nur früher genannte Fehler wiederholen, wenn es jetzt den Nationalsozialisten nachläßt. Das dritte Reich sei doch in Wirklichkeit nichts anderes als ein mächtiges Dummheit. Das Bürgerium müsse aber lernen, sich in die großen politischen Gruppen zusammenzufinden, die auf dem Boden dieses Staates stehen, um die Macht in ihm und um die Erhaltung der Republik zu kämpfen. Somit gefährde das Bürgerium mit der Existenz der Republik zugleich auch sich selbst und seine eigenen Ziele.

Soll Briand ausgeschifft werden?

Gerüchte über eine Umbildung des Kabinetts Laugel — Kriegsminister Maginot muß erlöset werden — Briands Stellung scheint bedroht

Die Gefahr, daß der Nationalsozialismus aus dem Reich kommt, ist gar nicht groß genug einzuschätzen. Denn wenn die Hitlerianer erst einmal in den Reichstag einziehen, dann wird die Möglichkeit einer recht geringen Zeit, dies Regiment alsbald wieder zu beenden. In dem üblichen Sinn des „Abwickelens“ einer politischen Partei wird man bei den Nationalsozialisten nicht so rasch rechnen können. Es (der Nationalsozialismus) wird sich, einmal zur Macht gelangt, in dieser Politik behaupten, solange kein Gewaltstreich noch über die Reichsverfassung des Reichstags hinausgeht. Das Beispiel Mussolinis beweist dies am besten.

Paris, 7. Januar. (Eigener Funkenbericht.) In parlamentarischen Kreisen sind Gerüchte von einer teilweisen Umbildung des Kabinetts im Umlauf, deren Richtigkeit bisher noch nicht nachprüfen war. Amal sah auch der Verfall der Republik bisher in Schwärzen gehüllt hat. Zwei nationalsozialistische Zeitungen, der „Figaro“ und das „Journal des Debats“ führen diese Gerüchte auf die Notwendigkeit zurück, einen Gegenpart für den vertriebenen Kriegsminister Maginot zu finden, der die Interessen Frankreichs auf der Weltbühne zu verteidigen kann. Denn wenn selbst der Kriegsminister bald wieder beurlaubt sein sollte, würde er einen längeren Aufenthalt im Ausland brauchen, der seine Teilnahme an der Genfer Konferenz unmöglich machen würde. Der „Figaro“ hat bereits zwei Kandidaten genannt, nämlich den Abgeordneten Besson, der derzeit in Paris im Exil ist, und den Abgeordneten Lacombe, der ebenfalls in Paris im Exil ist. Die Umbildung des Kabinetts scheint aber nur eine Form der Gerüchte, von der Kabinettsumbildung zu sein, die die Gerüchte, die man bei dieser Gelegenheit über die Politik des Kriegsministers Briand, der sich für die Umbildung des Kabinetts ausspricht, zu hören hat.

schärften Gegen Briand ist, kann es sich bei diesen Gerüchten wohl nur um einen Versuch handeln, die Aufmerksamkeit in die radikale Republik zu lenken. Auf jeden Fall, auch diese Gerüchte erwecken und von einer großen politischen Kompensation spricht, die sich im Schicksal der Republik zeigen. Eine unzulässige Kompensation, deren Namen nicht genannt wird, soll wieder das Augenmerk auf sich ziehen und gegenüber Deutschland wieder eine laute Stimme, ähnlich der des Nationalen Volksrates zur Anwendung bringen. Eine offizielle Mitteilung zu diesen Gerüchten ist bisher nicht erfolgt. Vielmehr wird der heute stattfindende Ministerrat eine Erklärung bringen. Was der „Matin“ glaubt — Die neue Regierungsmehrheit. Paris, 7. Januar. (Eigener Funkenbericht.) Die neue Regierungsmehrheit, die sich im Schicksal der Republik zeigen, ist eine große politische Kompensation, die sich im Schicksal der Republik zeigen. Eine unzulässige Kompensation, deren Namen nicht genannt wird, soll wieder das Augenmerk auf sich ziehen und gegenüber Deutschland wieder eine laute Stimme, ähnlich der des Nationalen Volksrates zur Anwendung bringen. Eine offizielle Mitteilung zu diesen Gerüchten ist bisher nicht erfolgt. Vielmehr wird der heute stattfindende Ministerrat eine Erklärung bringen.

gebe die Möglichkeit, festzustellen, wie sich die wirtschaftliche Lage bis Juni 1933 entwickelt und was nach den amerikanischen Wahlen die einschlägigen Dispositionen Amerikas in bezug auf die internationalen Schulden sein werden.

An diese Ausführungen knüpft der "Matin" eine Bemerkung, die die Gerichte über eine Kommission zur Bildung von Bestätigten lautet. Das Blatt erklärt nämlich, daß die französische Delegation auf der Lausanner Konferenz von Finanzminister Grandjean geleitet werde, da Briand mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand kaum an der Konferenz teilnehmen könne. Daxal werde mit dem Beginn und dem Schluß der Konferenz betraut.

Das Reich muß seine Pflicht gegen Preußen erfüllen

Bergeblische Aussprache zwischen Dr. Klepper und Brüning

Der preußische Etat für das Jahr 1933 soll dem Landtag in nächster Zeit vorgelegt werden. Gegenwärtig weist er allerdings noch einen Fehlbetrag von 167 Millionen auf, von denen etwa 20 Millionen durch weitere Einsparungen gedeckt werden sollen. Aber auch dann verbleibt noch ein Fehlbetrag von rund 150 Millionen, dessen Deckung nur auf zwei Wegen möglich erscheint: Entweder durch Erzielung neuer Einnahmen oder durch eine zusätzliche Hilfe des Reiches.

Am Mittwoch hat über diese Fragen eine Aussprache zwischen dem Reichsminister Dr. Brüning und dem preußischen Finanzminister Dr. Klepper stattgefunden. Im preußischen Finanzministerium plant man durch die Einführung der Schlachtsteuer, wie sie bereits in Bayern und in Sachsen besteht, etwa 100 Millionen neue Einnahmen zu gewinnen. Im Reich aber trägt man Bedenken, daß durch die Einführung der Schlachtsteuer die Einnahmen der Reichsregierung auf Entlastung der Presse durchkreuzt, mindestens aber erschwert werden können. Andererseits aber weigert sich auch die Reichsregierung, Preußen irgendwelche Zahlungen auf Grund seiner alten Entscheidungsaufträge durch den Kriegsausgang und den Friedensvertrag, wie sie den süddeutschen Staaten mehrfach gewährt worden sind, zu bewilligen.

Zu einer Verständigung scheint es in der Besprechung nicht gekommen zu sein. Sie muß jedoch gefunden werden, weil ungerichtete Finanzlagen des größten deutschen Einzelstaates ebenso gefährlich sind wie im Reich. Trägt das Reich Bedenken gegen eine Erhöhung oder Neueinführung von Steuern, was durchaus zu verstehen ist, dann darf es sich nicht zugleich auch der Pflicht entziehen, Preußen mit Reichsmitteln über die nicht selbstverschuldeten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Magninot gestorben

Paris, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Kriegsminister Magninot ist heute morgen um 2 Uhr gestorben. Er hatte am Mittwochabend um 10 Uhr das Bewußtsein verloren. Seine nächsten Mitarbeiter aus dem Kriegsministerium weilten an seinem Sterbebett. Um 14 Uhr morgens wurde die Leiche zum Kriegsministerium gebracht, wo sie in einem zu einer Totenkammer umgestalteten Saal aufgebahrt werden wird.

Die Nachricht vom dem plötzlichen Tod Magninots hat große Bestürzung hervorgerufen, zumal noch am Mittwoch nachmittags mitgeteilt worden war, daß die letzte Besserung in seinem Befinden Fortschritte mache. In später Abendstunde trat aber plötzlich eine Verschlechterung ein, die jede Rettung aussichtslos erscheinen ließ.

Magninot ist am 15. Februar 1877 in Paris geboren. Bis zu seiner ersten Wahl in die Kammer im Jahre 1910 war er Beigeordneter im Staatsrat, dem obersten französischen Gericht und Direktor der Abteilung für innere Angelegenheiten im Innenministerium für Algerien. Bei allen späteren Kammerwahlen blieb er ein Mann, der die Wähler des Mars-Departements treu erregt. Er war als Unteroffizier am Weltkrieg teil und wurde Ende 1914 bei Verdun verwundet, worauf er infolge eines schweren Verstoßes dem Heeresdienst entlassen wurde. 1917 trat Magninot als Kolonialminister in die Regierung ein. Er war mehrere Male pensions- und Kriegsminister, u. a. in dem Kabinetts des Nationalen Blocks, das die Befreiung der Ruhr durchführte. Nachdem er während der Herrschaft des linksradikalen und des ersten Kabinetts Poincaré nicht der Regierung angehört hatte, vertraute ihm Poincaré in seinem zweiten Kabinetts das Kolonialministerium an, das er auch unter Briand behielt. Darüber übergab ihm wieder das Kriegsministerium, das er mit Ausnahme der beiden kurzen Zeitspannen, in denen die linksradikale Chaumont und Siegel an der Macht waren, beibehielt.

Der "Matin" schreibt zum Tode Magninots: „Das Werk Magninots als Kriegsminister kann mit zwei Sätzen charakterisiert werden: Er gab der Armer Vertrauen zu ihren Führern, er gab dem Lande Vertrauen zu seiner Armee. Er hat vor allem den treuen Mitarbeiter und bevorzugten Schüler Hochs, General Weygand, an die Spitze des französischen Heeres berufen. Er war es, der den Befehl zum Ausbau der Grenzbesatzungen gegeben hat und der die Verteidigungs-

linie in verschiedenen anderen Zeitungen wird heute offen von einer Kabinettsumbildung gesprochen. Das "Journal" erklärt, man schreibe Daxal, die Absicht zu, Paris von dem zum Außenminister und Pauline zum Kriegsminister zu ernennen. Die Zeitung fügt allerdings hinzu, die Operation ist unwahrscheinlich und man müsse vielmehr annehmen, daß Daxal am Tage der Kabinettsumbildung die Gesamtdirektion des Kabinetts übernehme. Der Präsident der Republik werde mit der Neubildung des Kabinetts wieder Daxal beauftragt, der die neue Regierung voraussichtlich mehr nach links orientieren werde. Die Entscheidung werde am nächsten Dienstag fallen.

Schuldbünder freigesprochen!

Genève, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der eines Mordes an einem Seemannskamaraden beschuldigte Schuldbünder Steineberger wurde am Mittwoch nach dem Spruch der Geschworenen, die jede Schuldfrage verneinten, freigesprochen. Steineberger wurde sofort aus der Haft entlassen.

Deutsch-französische Verständigung im Luftverkehr?

Heute tritt in Berlin der Unterausschuß für Verkehr, Abteilung Luftfahrt des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses zu einer Sitzung zusammen. An den Verhandlungen nimmt auch Dr. Eckener teil. Bei den Besprechungen handelt es sich vor allem darum, durch Zusammenarbeit Ersparnisse zu erzielen und verkehrssteigernde Fortschritte herbeizuführen. Der deutsch-französische Luftverkehr soll ausgebaut werden. Zwischen den beiden Hauptstädten und dem Balkan soll ein gemeinsamer Verkehr geschaffen werden. Bis jetzt fliegen die französische Cidna und die Deutsche Luftflotte in Konkurrenz miteinander nach dem Balkan. Das Hauptproblem, das zur Debatte steht, ist der gemeinsame Ausbau des Flugdienstes von Europa nach Westafrika und Südamerika.

Vorbereitung der Lausanner Konferenz

Beratung des Reichskanzlers mit den deutschen Botschaftern

Die deutschen Botschafter in Paris, London und Rom werden am Donnerstag in Berlin eintriften und hier unter dem Vorsitz des Reichskanzlers an Beratungen über die Lausanner Konferenz teilnehmen. In Berlin sind nach dem Besuch der Botschafter Beratungen mit den Chefkabinettministern der Finanzminister der Regierung, bei denen sie akkreditiert sind.

Die Beratungen der Reichsregierung mit den Botschaftern in Paris, London und Rom dienen der Vorbereitung der für die nächste Woche in Aussicht genommenen Besprechungen des Reichskabinetts, die zur Festlegung der Taktik der deutschen Delegation in Lausanne führen sollen. Sämtlich sind heute bereit, daß die Reichsregierung in Lausanne um eine endgültige Lösung des Reparationsproblems bemüht sein und der Reichskanzler die deutsche These persönlich vorlesen wird. Eine andere Frage ist die, inwieweit Deutschlands Bemühungen um die endgültige Lösung von Erfolg begleitet sein werden. Die Aussichten dafür sind leider nur gering. Frankreich beharrt trotz des Baseler Gutachtens vorläufig immer noch auf dem Standpunkt, daß der Young-Plan nicht angetastet werden darf und Deutschland lediglich ein Moratorium gewährt werden soll. Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen zur französischen Kammer, die wahrscheinlich im April vor sich gehen werden, ist kaum damit zu rechnen, daß die französische Regierung von dem bisher eingenommenen Standpunkt wesentlich abweichen wird.

Die deutsch-französische Verständigung im Luftverkehr natürlich die deutsche Zusammenarbeit mit anderen Ländern ausschließen.

Berichte und Kombinationen

Die Kombination eines Berliner Blattes, daß sich der Reichstag noch vor dem Jahresantritt in einer öffentlichen Sitzung versammeln und in einer mündlichen Aussprache die Auffassung der Reichsregierung über die realen Grundlagen einer außenpolitischen Policy jeder realen Grundlage. Eine außenpolitische Policy werde im Reichstag nicht vor, sondern nach der Kammer stattfinden.

Weniger entschieden werden die seit Tagen umschwobenen Gerüchte demontiert, nach denen der Reichstag nach dem Januar zwecks Verlängerung der Amtsdauer gegenwärtigen Reichspräsidenten zusammenberufen werden soll. Inwieweit auf derartige Bestrebungen der gewichtige Aufenthalt Hitters in Berlin zurückzuführen ist, läßt sich im Augenblick ebenfalls nicht übersehen. Immerhin scheinen innerhalb der Reichsregierung beständige Kräfte der Auffassung zu sein, daß die Kammer durch Verlängerung der Amtsdauer des gegenwärtigen Reichspräsidenten durch den Reichstag zu gewinnen sein werden.

Bergeblische Großprojekte der Nazis

Die Berliner Nazis verhandeln seit einigen Wochen über den Erwerb neuer Räume für ihr Berliner Büro. Ihre Großpläne brachten sie auf den Gedanken, den repräsentativsten Berliner Palast zu mieten, nämlich das Palais Prinz Albrechts in der Wilhelmstraße der Nähe ihres Gaubüros. Wie von der Vermögensverwaltung der Partei Friedrich Wilhelm von Preußen geteilt wird, kommt die Vermietung des Palasts an die Nazis nicht in Frage.

Die Unterhaltung dieses Palasts würde große Summen fordern, aber die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat scheinbar trotz der Not zu viel Geld.

Steuerlabotage der Nazibauer

Genève, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der nationalsozialistische Gemeinde-Bezirker der Gemeinde Melserhüll (Sollikon) wurde dem zuständigen Landrat seines Amtes enthoben, weil die Art seiner Geschäftsführung die Gemeinde in unzulässige Zustände brachte. Seit haben die zur Gemeinde gehörenden Naxibauern aus Protest gegen den kommissarisch eingesetzten Gemeindevorsteher die Zahlung der Steuernweigert und dadurch die Gemeinde zahlungsunfähig gemacht. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevertretung haben deshalb bei der vorgelegten Behörde energische Maßnahmen gegen die Steuerdelinquenten beantragt.

Was aber dann?

In England propagiert man seit langem das Widerstandes gegen eine endgültige Lösung, besonders aber auch in Anbetracht der Schwierigkeiten, die den Fall einer derartigen Lösung zu überwinden wären, ein freiwilliges Moratorium von halbjährlicher Dauer. Man erblickt in einer solchen Lösung, die in Wirklichkeit keine Lösung ist, sondern eine Vertagung der Lausanner Konferenz um ein halbes Jahr bedeuten würde, die Chance, daß sich die an dem Reparationsproblem interessierten Parteien bereits vor Ablauf des halbjährlichen Moratoriums wieder zusammenfinden müssen, in der Zwischenzeit die französischen Kammerwahlen stattgefunden haben und dann der Weg zu einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems frei und wenigstens freier ist als heute.

London, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der britische Außenminister Sir John Simon erklärte bei einem Empfang der ausländischen Presse am Anlaß der bevorstehenden Reparations- und Young-Konferenz, es sei von allergrößter Bedeutung, auf jeder dieser Konferenzen eine Lösung angetrieben werde und daß man auch wüßte, eine solche zu finden. Selbst, wenn die endgültige Lösung noch in weiter ferne liegt, ja müßten alle Kräfte angepannt werden, um einen wirklichen und nachhaltigen Schritt nach vorwärts auf dem Weg zu einer Lösung herbeizuführen, auch wenn es nur eine Lösung in Abschnitten sein werde. Die englische Regierung rechnet danach also nicht mehr an einer endgültigen Lösung der schwebenden Probleme, sondern nur mit einem etappenweisen Fortschritt.

Das Leben

der Marie Szamek

Roman von Josef Maria Frank

Marie mit Kram und Kranz in den das Jahr 1910 an. Der Tag lebte sie in einer kleinen Kammerscheibe, über den Kupelstein, glitt schon höher über den Herden und hielt sich beinahe prächtig fest vor der Freitreppe.

Das Leben

der Marie Szamek

Die würde sich herumreden auf den nachhundert. Gut, die sollen spielen der Reich, so kosten die Inflation. Allen war ein Stein vom Herzen gefallen, daß es so gut und so sein, so überaus elend und abgefahren war. In Augenblicke war aller Reich verhängt, man war Marie dankbar und gesund es offen ein.

Das Leben

der Marie Szamek

Es fiel allgemein auf, daß er mit Marie bedeutend länger als mit den anderen tanzte. Ihm nahm man es nicht krumm. Es war ja sein gutes Recht, denn er war ja der Herr. Aber im Beginn schon Marie böse zu werden. Marie bemerkte es nicht. Sie hatte anderes im Kopf: Die Worte der Herrin, die gesagt hatte, ob sie für immer ins Herrenhaus hinter verschlossene Türen zurückgehen sollte. Das war ein Wunsch, der Marie hatte treudig zugehört. Was es doch der erste Schritt, der sie der Welt, von der sie träumte, näher bringen sollte.

Aus der Umgebung

Schon wieder Nazidübungen

Gilt das Uniformverbot nur für Republikaner?
Dienstagabend gegen 20 Uhr kamen, wie uns gemeldet wird, ungefähr gegen 35 uniformierte Feldmarschmäßig ausgerüstete Nationalsozialisten in Richtung Domschau durch Kriegsmaschinen gefahren und sangen fröhlich das Horst-Wessel-Lied.

Neue Richtsätze

für im Haushalt lebende Wohlfahrtsbeschäftigte

Der Kreisrat des Landkreises Breslau hat mit Mehrheit die Herabsetzung folgender Richtsätze ab 4. Januar 1932 für Personen, die ledig oder verwitwet sind und im Haushalt von Angehörigen wohnen, herabgesetzt:

- | | |
|--|-----------|
| 1. Alter bis 16 Jahre | 1,50 Mark |
| 2. Alter von 16 bis 18 Jahren | 2,50 Mark |
| 3. Alter von 19 bis 21 Jahren | 3,50 Mark |
| 4. Alter von 22 Jahren und darüber | 4,50 Mark |

Domschau. Schon wieder Staffeleinbrüche. In den letzten Nächten wurden hier verschiedene Ställe erbrochen und daraus dem Arbeiter Hüner mehrere Kaninchen und dem Stellensetzer Vogel 15 Hühner gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat, Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-171
Telefon 5906, 5901
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag, von 9-12 u. 16-18 Uhr

Generalversammlungen

- Sind in folgenden Ortsgruppen statt
- Freitag, den 8. Januar:**
Brodau, 19 Uhr bei Wendt.
Groß-Schottgau, 18 Uhr bei Dittrich. Redner: Genosse Schiffer.
- Sonnabend, den 9. Januar:**
Troschen, 18 Uhr, Lokal Wallstein, Redner: Genosse Jritsch.
Kantth, 20 Uhr, Lokal Seidel, Redner: Genosse Schiffer.
Neumarkt, 20 Uhr, Lokal „Gelber Löwe“.
Strachwitz, 19 Uhr, im Lokal Bartisch, Redner: Genosse Dachs.
- Sonntag, den 10. Januar:**
Opperau, 15 Uhr, Lokal Wittekl. Redner: Genosse Schiffer.
Kattern, 16 Uhr, Lokal Gerstenberg. Redner: Genosse Apfelfeldt.
Leipe-Petersdorf, 16 Uhr, Lokal Fiebach, Redner: Genosse Münchenberger.
- Zinbel, 17 Uhr, Lokal Scheife, Redner: Genosse Dr. Korn.**
Wegen der Wichtigkeit der Jahresabschlussversammlungen ist es Pflicht sämtlicher Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.

Ortsgruppenführer

des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt-Nimptsch
Ortsgruppenführer vergeht nicht die erweiterte Parteivorstandssitzung am Dienstag, den 12. Januar, abends 6 Uhr, im Zimmer 12/14 des Gewerkschaftshauses. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Abrechnungen
für das vierte Quartal sind auf jeden Fall mitzubringen. neu- oder wieder gewählten Funktionäre, die bei den geführten Generalversammlungen gewählt wurden, müssen je nach dem Sekretariat gemeldet werden, damit die Generalversammlung des Unterbezirks spätestens Mitte Februar stattfinden kann.
Der Unterbezirksvorsitz

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Breslau-Land/Neumarkt
Groß-Hohberg und Opperau, Montag, den 11. Januar, 10.30 Uhr, im Lokal „Gelber Löwe“
Abteilung Nord-Ost
Ortsgruppe Zinbel, Generalversammlung gemeinsam mit der Ortsgruppe Opperau, am 10. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Gasthaus von E. Redner: Kamerad R. Korn. Mitgliedsbücher mitbringen.
Ortsgruppe Zinbel, Generalversammlung am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus von Schnalle, Redner: Kamerad U. Korn. Mitgliedsbücher mitbringen.
Ortsgruppe Zinbel, am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung im Gasthaus von Kaugwitz, Redner: Kamerad U. Korn. Mitgliedsbücher mitbringen.
Domschau, Sonnabend, 9. Januar, 18.30 Uhr, im Vereinslokal bei Gen.rat v. J. am Freitag, den 8. Januar, abends 6 Uhr, im Lokal „Gelber Löwe“.

Amthlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieger (Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
Maximale Lufttemperatur im Schatten gemessen mit dem Maximumthermometer, die Temperatur des Luftballons in der Höhe gewöhnlich kräftig entwickelten Wolken der ersten Höhenfamilie dringen reichlich Aufwinden über die britischen Inseln und die Nordsee vorwärts vor. Bei vorbreitendem Südwest- und Westwind kommt es zu Regenfällen. In den nächsten Tagen wird jedoch bei Abzug der Luftmasse wieder wärmere Luft zunächst maritim-subpolare, später arktische Luft in Mitteleuropa eintreffen.
Wasserdampf für das nächste Vorkommen: in der Gegend von Berlin, vorwiegend bewölkt, nicht nach Regen und sehr mild, später Temperaturrückgang.
Wasserdampf für das nächste Vorkommen: in der Gegend von Berlin, vorwiegend bewölkt, nicht nach Regen und sehr mild, später Temperaturrückgang.
Erst allmählich etwas abnehmender Westwind, neblig-trübe, überziehend in Schnee übergehend, Temperaturrückgang.

Familien-Anzeigen

Am Dienstag, den 5. Januar, abends 7 Uhr, verschied nach nur 14 tägiger Krankenlager, plötzlich und unerwartet unsere liebe, gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Urenkelmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Pauline Rosewerg, geb. Schmidt
im Alter von 70 Jahren und 3 Monaten.
Breslau, Leichenhaus, den 7. Januar 1932
Herzdainstraße 100
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Freitag, den 8. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes, Ende Lohestraße, aus. 6016

Am 5. Januar 1932 verschied unser Mitglied
Frau Pauline Rosewerg
im Alter von 70 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 8. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes, Lehnstr. Trauerhaus: Herzdainstr. 100. Distrikt 40.

Am 5. Januar 1932 verschied plötzlich unser treues Mitglied, der Handschuhmacher-Invalide
Herr Paul Linde
im Alter von 74 Jahren. 6011
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
Einsegnung: Freitag, den 8. Januar, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Grabschen.

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden!

Gelingin
ZAHNPASTE, das auf Grund moderner, wissenschaftlicher Erfahrungen hergestellte Zahnpflegemittel, schafft gesunde und weiße Zähne.
Die große Zinn-Tube kostet lediglich infolge Verzichtes auf teure Reklamebauten, Lichtreklame, Reklamautos usw., anstatt RM. 1,- nur RM. 0,50.
Es liegt im Interesse des Verbrauchers, ausdrücklich Gelingin zu verlangen und jedes Ersatzpräparat zurückzuweisen.

STADTTHEATER
Donnerstag, 20-22.30
Der Bettelstudent
Freitag 20-22.45
Abend-Vorh. C 3
Nida
Sonnabend 20-22.30
Donatello

LOBETHEATER
Täglich 20.15-22.15
Roulette
Sonnabend 20.15
Jum. I. Rele
Der Schwierige
Lichtspiel von Hugo v. Hofmannsthal
Sonntag 15.30

ITALIATHEATER
Täglich 20.15-22.15
Frauen haben das gern
Sonntag 15.30
Robinsons Abenteuer
Schauspielhaus
Heute und täglich 8 1/2 Uhr
Caspiel
Coriolantheater Zürich
Frühling im Wienerwald
Circus Busch
Heute 2 X 1/4 u. 3/4 u.
tägl. 2 X 8 1/4 U.
Riesen-
Programm
Kleine Preise
Schaubühne ab 50 Pf. Sitzplätze
Kort 201 35

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute
Donnerstag: **Ball** Herren und Damen
angagieren

Jahrhunderthalle
Freitag, den 8. Januar, abends 20.15
internationale
Berufs-Boxkämpfe
Toback - Wuesteraedt
(Breslau) (Brüssel)
Czechos - Hölzel
(Breslau) (Hamm)
Bartneck - Henys
(Breslau) (Prag)
Kühn - Volkmar
(Hirschberg) (Berlin)
Eintrittspreise ab 1,-, Sitzplätze ab 1,50
Die Halle ist gut geheizt.

WAPPENHOF
4.15 Uhr u. 8.15 Uhr
das internat. Neujahrs-Programm
Unerhört
großartig
Kolossal!
Nachmittags 30 Pf. — Abends 50 Pf.

Quabis Brot
9153
SCHAUBÜHNEN
QUABIS BROT

Gründer-Versteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 14. Januar 1932, vorm. 9 Uhr
rote Säure bis Nr. 52.500
Versteigerung bis 10
Gemeinnütziges Wohnheimhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schäbert.

Bettfedern
jetzt bedeutend billiger!
Bettfedernhaus Westend
Breslau
Kleine Preise
Schaubühne ab 50 Pf. Sitzplätze
Kort 201 35

Eine große Sache!
ca. 10000 Paar
Strümpfe
und
Handschuhe
so billig!
wie nie zuvor!

Unterziehstrümpfe
zweite Hautfarbe, teils mit kleinen
Schönheitsflecken Paar 38

Echt ägypt.
Mako-Damenstrümpfe
mit Doppelsöhle u. Hochtarse, großer
Schlager! Paar 48

Elegante Damenstrümpfe
Kunstliche Wäsche, ganz hochwertig
tulle feinstmögliche Qualität, teils mit
kleinen Schönheitsflecken Paar 65

Damenstrümpfe
Kunstliche Wäsche, mit Flor plattiert
alle mod. Farb., groß. Schlager, Paar 68

Damenstrümpfe
Kaschmirwolle, in Doppelsöhle, Hoch-
tarse, Naht, eine gr. Leistung! Paar 95

Schwedenhandschuhe
mit, schwere Winterqualität, mit
und ohne Futter Paar 68

Wildled. - Handschuhe
mit, durchw. in mollig. Flausch-
futter gef., f. Damen u. Herren, Paar
125

Reinwoll. Strickhandschuhe
nur gute, hochwertige Qualitäten
für Kinder alle Größen, Paar 78

Reinwoll. Strickhandschuhe
nur hochw. Qual., gest. od. durch-
gemust. Herren P. 1.45, Damen P. 95

Herrn-Vigognesocken
kräftige, haltbare Qualität, mit kleinen
Schönheitsflecken, eine Leistung Paar 25

Fantasiesocken
mit Kunstseide durchwirkt, neue
Muster, gr. Schlager Paar 39

Jacquardsocken
darunter schwere Makoqual., Flor mit
Seide, enorm billig Paar 58

Wollene Herrensocken
schwere, plattierte, wolle. Qualität, mit
1x1 gestricktem Schall, eine große
Reklame Paar 68

Reinwollene Stricksocken
für Herren, grau u. kamelhaarfarb., nur
gute Qualität Paar 1.15

Fußlinge schwere Baumwollqualität
Paar 12

Feine reitw. Sportsöckchen
für Damen sportbillig Paar 75

Ca. 3000 Paar Fatterschlüpfen
mit warmer Reithaut, schwere Quali-
tät, Reithaut beginnend Paar 35
Jede weitere Größe z. B. 8 Pf. mehr

**für Damen, mit Seidendecke u. warmer
Reithaut, ganz praktische, schwere
Qualität, Größe 46/48 Paar 1.35,
Größe 48/50 Paar 1.15**

Schneeweibe
Friedländer, Sonnenstr.

Druckerei
Volkswacht
BRESLAU 2
Flursstraße 4/6
übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung

Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Arbeitsbogen
Lohn und Zeit durch Selbstanfertigung konfuzienlos von 4.50 bis 16 Pf. Burgstraße 7, Krywalski

Urania
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der proletarische Kosmos
zu beziehen durch die Buchhandlung
6. Teilung u. die Buchhandlung

Kleine Einzelanzeigen
sind kompakt gefasste empfindliche Einzelanzeigen von Verfassern, Kaufleuten u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige. Zeit 4 Pfennige.

Ein Irrtum
ist es, wenn Sie annehmen, die kleine Anzeigen haben nur in d. bürgerlichen oder sogenannten General-Anzeiger-Pressen Erfolg.
257 Offerten
gingen im April 1931 an eine kleine Anzeige
in der Volkswacht
ein. Deshalb inserieren auch Sie in der Volkswacht. Es ist Ihr Vorteil!

Deutschland und die Weltwirtschaft
von Gregor Biansbeck
172 Seiten, Karton, M. 2,80. In Leinwand gebunden M. 3,80

Schon erschienen & Vorrätig in der
Volkswacht-Buchhandlung Breslau
Neue Graupenstraße, Flurs 4

Breslauer Nachrichten

Montag Distriktsversammlungen

Montag, den 11. Januar, finden in der gesamten Organisation Groß-Breslau

Wochen-Generalsammlungen mit Wahlen

Auf der Tagesordnung steht weiter ein Vortrag: „Rückblick über das Jahr 1931“

„Ausblick für das Jahr 1932“

Alle Genossinnen und Genossen sind verpflichtet, zu den Versammlungen zu erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen!

Tritt gefaßt!

Das neue Jahr hat begonnen. Nicht gleichgültig und mit sentimentaler Betrachtung und freudiger Erwartung hat diesmal begrüßt. Hinter jedem noch so banalem Wunsch stand die bange Frage: Wie wird die Entscheidung fallen? Daß sich etwas ereignen wird, das vielleicht von explosiver Entladung, darüber ist sich jeder sicher. Auch darüber, daß es nicht mehr bloßes Vorpostengeplänkel ist, mehr der bisher geführte militärische Kleinkrieg sein wird, weniger als in den sogenannten radikalsten Parteien und Gruppen in der Natur, mit Stürmen auch innerhalb gesell-schaftlicher Bindungen. Politische Wintergewitter mit fernen Wetterleuchten im Ruhrgebiet. Und neue Stürme werden bevor, Versammlungswirbeln sind angezeigt. Sie deuten sich an. Was wir in diesem Jahre noch alles erleben werden, wir wissen es nicht bis das letzte Kalenderblatt umfliegen ist.

Wir wissen aber: Verloren ist die Klasse, verloren wird die Partei, die glaubt in diesem Jahr still abwartend und passiv betrachtend, die stehen zu müssen. Partei und Klasse aber sind nicht gebildet von Menschen. Und darum sind sie es, an die sich die Mahnungen richten.

Und ehe das letzte Echo der Weihnachtslieder verklungen ist, sind die Führer und Organisationsleiter der organisierten Arbeiterklasse zusammengetreten und kommende Kämpfe vorbesprochen. Pläne sind vorbereitet, Abwehrtaktik festgelegt. Ausschlaggebend allein war die praktische Tat. Es geht heute wahrlich nicht mehr darauf an, in langen schönen Worten und gedankenarmen Resolutionen, „Einheit“ zu fordern. Es ist die kleinste Sünde der deutschen Arbeiterklasse, die „sozialistische Arbeiter-Partei“ wahrscheinlich an Mangel an positiver politischer Tätigkeit jetzt leidend und in dem Kampf technisch und praktisch zu versagen.

Die Arbeiterklasse und Partei sind immer noch die größten Organisationen der deutschen Arbeiterklasse. Sie waren in langen Jahren die Zuflucht unterdrückter Volksschichten. Um mehr müssen sie es sein, wenn von ihren Gegnern von gewaltigem Ausmaß angegriffen werden. Es ist genug, zumeist aber durchsichtige Demagogie, wenn man machen will, daß sie nicht kampfbereit sind. Gewiß es weniger als in den sogenannten radikalsten Parteien und Gruppen vom drohenden Faschismus geredet. (Das haben jene wie z. B. die Kommunisten, bereits vor Jahren mit dem Pathos getan, als sie es heute auch tun, und erreicht ist nichts worden.)

Genossen, Gewerkschafter und Kameraden! Organisationen sind nur, wenn auch notwendige Formen, der Macht selbst. Und auf euch und auf eure aktive Betätigung kommt es an, wie und welchen Ausgang alle die Kämpfe in diesem Jahre, angefangen von den sicher nicht leichten Wahlen bis zu den evtl. notwendigen Abwehrkämpfen gegen Faschismus nehmen. Jede Handlung in diesem Jahre wird eine Kampfmaßnahme sein, ganz gleich ob sie auch immer annehmbar wird. Das Flugblatt, das verteilt ist, die Versammlung, die zu besuchen und zu ergreifen, die notwendige Sitzung, die Kampfmaßnahmen zu treffen hat und endlich der Appell zum Kampfe, sie alle dieser Zeit von gleicher Wichtigkeit.

Keine, aber auch keine Entschuldigung gilt. Man muß, daß er zu irgend etwas anderem nötiger gebraucht dokumentiert damit, daß er eben bereit ist, sich und seine Kraft auf Jahre, ja vielleicht Jahrzehnte hinaus zu verkaufen. Man muß aus irgendwelcher Bestimmung und Verzerrung nicht in vorderster Linie stehen zu können, beweist, daß er nicht erkannt hat, warum es eigentlich geht. Die Geistes nicht erst da, wenn faschistische Garden anmarschieren beginnen, und Bürgerkrieg beginnt, nicht erst in der heutigen Zeit mit politischen Barrikadenkämpfen.

Wir lehnen jene widerliche Keßkammer mit Leib und Seele ab. Das ist nicht, daß wir unter Umständen mit individuellem Gleichgewicht hinnehmen bereit sind. Die revolutionäre Kampfgeist macht keine wilden Kriegstänze, sie wird aber, zu Tänze herausgefordert, anzutreten wissen. Das soll der nicht außer Rechnung stellen und das soll auch das sein, was mit einem angenehmen Gespinn die Parolen der Zeit nicht ganz außer Acht lassen. Die Arbeiterklasse konzentriert sich auf die Aufgaben, die ihr dieses Jahr gestellt sind. Bei den nächsten Tagen und Wochen wird sie zur Arbeit aufgerufen werden. Möge sie bei all den kommenden Aktionen nicht denken, daß es um Entscheidungen von unerhörtem Ausmaß geht. Wer heute und in diesem Jahre aus den Reihen aussteigt, die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, die in dieser Zeit gestellt ist, verkennt. Der Mensch, der Blindlings und sich in die Sklaverei begibt, verdient kein anderes Los. Vorwärts Tritt gefaßt!

Auf der Bank der kleinen Sünder

Eine Vormittagsstunde auf dem Breslauer Bereitschaftsgericht

Eine, die „erzogen“ worden ist

Gestern wurde vor einer Frauensperre gewarnt, die sich als Tochter und Nichte des Landrats Bachmann ausgegeben hat und Betrügereien verübt. Zwischen ihr und dem Gericht sind schon fünfmal Verhandlungen gewesen. Es handelte sich um eine Waise, bereits einjährig verheiratet, die aus einer Waise geworden ist. (Amtl. Bericht der Polizei vom 31. Dezember 1931.)

Fünf Tage später wird „Fräulein Landrat“ aus der Untersuchungshaft dem Bereitschaftsgericht vorgeführt. Das Mädel ist, wie man zu sagen pflegt, ziemlich ausgekostet und dennoch hat man den Eindruck, daß es nicht zuletzt ein Opfer seiner Verhältnisse ist. Mit dem Landrat des Breslauer Landkreises hat die Zwanzigjährige nur soviel zu tun, als daß sie auch Bachmann heißt. Sie hat sich allerlei Mäxchen jener Bourgeois-Badische angewöhnt, die man im Volksmunde als Gänsehals bezeichnet. In diese Entwidlung kamen aber zwei Jahre Fürsorgeerziehung hinein. Es gibt Leute, denen läuft es eiskalt über den Rücken, wenn sie das Wort „Fürsorgeerziehung“ hören, aber auch das „Fräulein Landrat“ scheint nur wieder ein Beweis dafür zu sein, daß die Jugend, die ab irgend welcher Fehlritte in „Erziehungs“-Anstalten kommt, bis auf Ausnahmen mit allen Schlägen der Schlechtigkeit vertraut gemacht wird.

1930 kam das Mädel nach zweijährigen Aufenthalt im Fürsorgeheim Freiburg heraus in die Freiheit. Kurz darauf Gerichtsverhandlung, drei Monate Gefängnis wegen Betrug, Urkundenfälschung usw. Dann gab es kurz darauf beim Amtsgericht Trebnitz zehn Mark Geldstrafe oder zwei Tage Gefängnis. „Das habe ich gar nicht als Vorstrafe aufgefaßt“. Vor Jahresfrist ging es wieder nach Freiburg zurück, wo das Mädel in der Anstalt Mutter wurde. Drei Wochen vor Weihnachten gab es Urlaub zur Arbeitsuche. Da ging Else Bachmann in Breslauer Geschäfte und borgte sich unter Berufung auf ihre Verwandtschaft mit dem Landrat immer zwei Mark. „Wie ich darauf kam, weiß ich nicht. Ich wollte das Geld verjubeln.“

Auf die Frage, wie sie das ange stellt habe mit der Erklärung ihrer Verwandtschaft meint sie: „Es kann sein, daß ich mich auf den Landrat berufen habe, ich bin so zerstreut und kann mich nicht entsinnen.“

Bei der Behandlung aller einzelnen Fälle immer die gleiche Antwort: „Kann sein, ich kann mich nicht entsinnen.“ Bis es dem Oberamtsanwalt zu bunt wird und er Überweisung an das Odenritsche Gericht beantragt, weil die Angeklagte nicht geständig ist, also Zeugen geladen werden müssen. Weinen, Bitten um Entlassung aus der Untersuchungshaft, Berufung auf das Kind bleiben unberücksichtigt. Zweifelloser ist auch alles nur Schauspielerei. Die Bewährungsfrist für die ersten drei Monate dürfte hinreichend werden, der Richter vertritt die Auffassung, daß Fluchtverdacht besteht, also bleiben alle Bitten ungehört und „Fräulein Landrat“ wird von zwei Schupos wieder in die „Graue“ transportiert.

Sehn Mark Geldstrafe für die Zeugin

Mit diesem wahrhaft salomonischen Spruch fand der Prozeß gegen einen Kraftwagenführer seinen Abschluß. Dieser war im Oktober die Schwiedeburde entlanggefahren und an der Kupferstrasse vor ein Radfahrer eingezogen. Der vor dem Auto stürzte, so daß das Vorderrad des Kraftwagens auf das Hinterrad des Fahrrades zu stehen kam, was im allgemeinen für Fahrräder nicht sehr vorteilhaft sein soll. Nach zwei Eiden ergab sich, daß der Kraftwagenführer vorchriftsmäßig gefahren ist, der als Zeuge geladene Radfahrer dagegen selbst schuld an seinem Unfall war, weil er unvorsichtig genug war, dem Autoführer nicht das Vorfahrtsrecht zu lassen, obwohl er nach den polizeilichen Bestimmungen als Wegebewerber einer Hauptverbindungsstraße dieses Vorfahrtsrecht für sich in Anspruch nehmen durfte. Der Führer hatte also nicht gegen die Kraftverkehrsordnung verstoßen und wurde deshalb auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Aber richtig, da hatte ja eine Zeugin geschwänzt. Man hatte sich zwar ohne die Mitwirkung der betreffenden Frau von der Unschuld des Kraftwagenführers überzeugt, aber Ordnung muß sein. Also verdonnerte der Richter zur Abwechslung einmal

die unentschuldig fehlende Zeugin zu zehn Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Haft. Woraus man lernen kann, daß die Funktion des zum Urteilspruch gar nicht einmal notwendigen Zeugen manchmal schlimmer werden kann, als die des Angeklagten.

Den Armen

krifft auch ein Strafbefehl sehr hart

„Ehe wir in die Verhandlung eintreten, möchte ich Sie doch noch einmal fragen, ob Sie Ihren Antrag auf gerichtliche Entscheidung zurückziehen wollen.“ So begann die Verhandlung gegen einen Zimmermann, der neben dem als Zeugen fungierenden Schutzpolizeiwachmeister vor die Schranken des Bereitschaftsgerichts treten mußte, weil er — jetzt kommt das Verbrechen — während einer Fahrt mit dem Rade für Augenblicke vom Radfahrwege abgewichen und auf den Fußgängerweg gefahren ist und dafür einen polizeilichen Strafbefehl erhielt, gegen den er Einspruch erhob.

„Sehen Sie mal, Herr Weis, wenn der Zeuge Ihre Uebersetzung betundet —, vielleicht ist es besser, wenn Sie zurückziehen.“

„Ich mußte doch ausweichen, aber man ist ja sowieso machtlos!“

„Das steht aber nicht zur Debatte“, unterbrach der Vorsitzende.

„Ja aber wenn ich zurückziehe, bezahlen kann ich doch die Strafe sowieso nicht. Noch nie hat man was mit der Polizei zu tun gehabt und dann hatte ich mir an diesem Tage gerade einmal ein Rad geborgt.“

Schließlich erklärt sich der „Angeklagte“ mit der Zurücknahme seines Einspruches einverstanden mit dem annehmbaren Vorschlag: „Da soll'n se ma alle Wochen fünf Pfennige abziehen von der Wohlfahrt!“

Hoffentlich geht die Polizeikasse auf diesen Vorschlag ein und geht sich mit dem Wohlfahrtsamt in Verbindung, wenn nicht überhaupt der Nachweis erbracht wird, daß die larme Unterstützung unter der Pfändungsgrenze liegt.

„Kollegialität“ bei der Notstandsarbeit

Ein Prolet mit eigenartigen Auffassungen über „Kollegialität“ wird scharf herangeworfen. Seine Tat ist auch äußerst schändlich. Er hatte nach langer Arbeitslosigkeit im vorigen Herbst Notstandsarbeit erhalten. Er kommt dabei mit einem andern Proleten zusammen, dem es wirtschaftlich kaum besser geht und der schon vier Jahre arbeitslos ist. Der erste kommt in ziemlich dürftigen Halbshuhen zur Arbeit, worauf ihm der andere wahrhaft kollegial anbietet, sich mit Hilfe seiner Bürgschaft bei einem Bekannten Geschäftsmann ein Paar feste Arbeitshuhe zu kaufen; Dieser Vorschlag wird verwirft und als die beiden Notstandsarbeiter längst nicht mehr zusammen waren, erfährt der Bürge von dem Geschäftsmann, daß er werde für seine Bürgschaft eintreten müssen, weil der Schuhkäufer nie mehr dazugehen und keine der vereinbarten Raten bezahlt hat. Schließlich stellt sich heraus, daß die Schuhe gleich nach dem Kauf wieder zu Gelde gemacht worden sind. Nun soll sich der Arbeiter E. für seine Schamhaftigkeit verantworten.

Nach einer andern Sache hat der Angeklagte auf dem Kirchhof. Er hat eine Uhr gekauft, einen Teilbetrag angezahlt und die Uhr Johann gleich versteht. Auch er begründet sein Tun mit der Not seiner Familie. Der Ankläger beantragt 8 Monate Gefängnis und Strafaussetzung nur für den Fall, daß der Schaden gedeckt wird. Der Richter zieht strafmildernd in Erwägung, daß eine einstweilige Verhaftung weit zurückliegen und begnügt sich für den öffentlichen Betrug beim Uhrentauf mit der Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis. Für den Schlußauf verurteilt er den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis. Obwohl sich in diesem Falle direkter Betrug nicht nachweisen läßt, sei doch die Ausnutzung der Gutmütigkeit eines Arbeitskollegen, dem es wirtschaftlich nicht besser geht, eine besonders gemeine Handlungsweise, für die eine strenge Strafe am Platze sei. Beide Strafen werden zu 6 Monaten Gefängnis zusammengezogen. Strafaussetzung soll von der Einholung verschiedener Auskünfte abhängig gemacht werden.

Sie wollen wieder zu den Massen

Auch die Jugend

der Arbeiterketten wollte ihren Einheitskongreß

Gestern abend wurde wieder einmal unter der Führung der SWP ein Einheitskongreß, diesmal unter der Jugend, versucht. Wir haben nichts gegen eine solche Absicht und verstehen durchaus das Bedürfnis all der Splittierer, wieder einmal eine stärkere Geltung in der Arbeiterpolitik zu gewinnen, als ihnen jetzt beigemessen ist. Ehe aber ausgerechnet die Kleinsten daran gehen, die großen Arbeiterorganisationen zur Einheit aufzurufen, sollten sie doch zunächst einmal den Versuch machen, sich selber auf eine einheitliche Linie zu bringen. Sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften und Reichsbanner wissen schon längst, was sie bei drohender Gefahr zu tun haben. Sie und ihre angeschlossenen Verbände halten solche Einheitsversammlungen und Resolutionen für überflüssig. Wir lehnen nach wie vor aus den gleichen Gründen wie sie. Eckstein und seine Freunde früher auch abgelehnt haben, solche mit viel Pathos und wenig Sinn veranstaltete „Einheitskundgebungen“ ab.

Ueber die gestrige Veranstaltung geben wir einem jungen sozialdemokratischen Genossen, der Teilnehmer dieser Versammlung war, das Wort:

Gestern tagte wieder einmal eine Einigungsversammlung der Splittierer. Diesmal waren es aber nicht die alten, sondern die jungen „Sapisten“, die mit noch einigen andern Gruppen, darunter die Sportler- und Freizeiterjugend und der K. J. O. zur Einigung im Schiedsrichter auftraten. Die S. A. J. sowie die „jungen Sozialdemokraten“ und die F. G. J. betrachteten die an sie ergangenen Einladungen als eine Blasphemie und lehnten es ab, sich an dem Kummel zu beteiligen. In der richtigen Erkenntnis, daß wenn man die Einigung des Proletariats noch so bejahet, ihr Zustandekommen aber nicht eine Frage von Kongressen und Konferenzen ist, sondern ein zehntausendfacher Wachstumsprozeß, der wohl selbstverständlich werden kann, allein von den großen geschäftlich gewordenen proletarischen Organisationen, nicht aber von proletarischen Seltsamgebildeten.

Etwas 700 Jugendliche und Jellere waren zur „Einigung“ gekommen. Sie rekrutierten sich zum größten Teil aus Schutzhaftentenen und Sportlern. Die aktiven Oppositionellen waren die Jungen von der SPD, die was aus ihnen zurufen zu

erkennen war, sich nur unter der Flagge der 3. Internationale einigen wollen. Der größte Teil der Versammlung, bar jeder politischen und ökonomischen Erkenntnis, ließte jeder Phrase willig ihr Ohr und geizte darum nicht mit Applaus.

Die Redner des Abends waren die „Exponenten“ Richard Wonden von der S. J. O. und Kirstein als Vertreter des S. J. B. Wer von ihnen grundsätzliche über den Rahmen des allein agitatorischen hinausgehende Formulierungen erwartete, war bitter enttäuscht. Nichts als leeres Geschwätz, gepöppt mit falsch verstandenen Marxismen, waren ihre äußerst knappen Reden. Wenn man einem von beiden den Vorzug geben darf, so war es Wonden, der mit ganzer Seele dabei war, während Kirstein kühl und teilnahmslos zur Jugend sprach.

Nach ihr nichts erreicht, doch alles kann noch werden, war das Motiv ihrer Reden. Die Jungen von der SPD. lachten! Na, wir wollen ihnen die Hoffnung nicht rauben.

Zum Abschluß bemühte sich noch der „spiritus rector“ aus Rednerpult Kurt Doppel, um der Versammlung eine Entscheidung, in der vom Aktionsausschuß ähnliche weitere Versammlungen gefordert würden, zu unterbreiten. Es gibt kein Parteinteresse mehr, schafft die Klassenfront, rief er zum Schluß den Jugendlichen zu.

Sie legten doch heute so viel Wert darauf, auf eigenen Füßen stehen zu können. Bekommt Ihrer Partei das nicht. Schnt man sich zurück nach der so nachsichtigen Mutterpartei, unter deren Obhut man so schön strampeln und schreien konnte.

Nein, diese Parolen hatten wir für falsch. Wir legen ihnen unsere Urkräfte entgegen: „Durch die Partei alles für die Klasse!“

Will Barnow Breslau verlassen?

In der Breslauer Theaterpolitik will es durchaus nicht zur Ruhe kommen. In all die durch die Uebernahme des Lobetheaters und des Schauspielhauses durch seine neue Direktion verursachte Komplikation kommt nun noch die Meldung, daß Barnow eventuell Breslau verlassen will. Wie wir erfahren, hat sich unter anderem auch die bekannte Bar nach Hamburg für die freigewordene Stelle des nach Wien geangegangenen Direktors Köbberling beworben. Eine Entscheidung ist allerdings noch nicht getroffen worden und es ist auch der eventuelle Wahl Barnows zum Nachfolger daraus noch nicht feststehend, ob er dem Rufe folgen wird.

Wir hoffen, daß aus diesen Plänen nichts wird. Der Weg-

jetzt 500 450f. Wirkungs gurgeln es beugt Erkältungen vor!

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Kartell-Idee und Völkerbund

In den wirtschaftlichen Beratungen des Völkerbundes spielt seit langem die sogenannte „Kartell-Idee“ eine große Rolle. Die Förderung bestehender und die Schaffung neuer internationaler privatrechtlicher Kartelle sollte man als Mittel zur teilweisen Überwindung der Weltwirtschaftskrise benutzen. Nachdem die französische Regierung im Europa-Ausschuß die „Kartell-Idee“ in den Vordergrund ihres wirkungsloßen „konstruktiven Wirtschaftsplans“ gestellt hatte, ließ die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes durch eine besondere Sachverständigenkommission ein dickes Buch von Beschreibungen der Art und des Arbeitens von Kartellen, Konzernen, Trusts und Syndikaten ausarbeiten. Als Ergänzung dazu hat jetzt ein kleines Komitee von Unternehmern für die Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses eine Studie über die allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkte von Industrie-Kartellen herausgebracht. Der mit der Studie verfolgte Zweck ergibt sich deutlich bereits aus den Schlüssen ihrer Einleitung. Es heißt da: „Wir halten die freie wirtschaftliche Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Industrien für ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung des extremen Kollektivismus, der einen immer härteren Kampf gegen die Idee der freien Veranwortung des Unternehmers entfacht hat. Deshalb ist es notwendig zu beweisen, daß die freie Organisation den Interessen der Völker besser dient als Zwang und Gleichmacherei.“

Der Beweis für diese Behauptung? Für die Arbeiter besteht er im Vertrauen auf die Möglichkeit der Unternehmung, durch die Kartellierung Lohnhöhe und Beschäftigungsgrad stabilisieren zu können.

Die Studie geht von der Grundfrage aus, ob Industriekartelle eine regelmäßiger, billigere Versorgung der Märkte und mehr Gleichgewicht zwischen Produktion und Verteilung sowie eine Verringerung des übertriebenen Zollschutzes bringen können. Zur Beantwortung dieser Frage wird dem Wirtschaftsausschuss eine Vorlesung über längst bekannte Dinge gehalten. Die günstige oder ungünstige Auswirkung der Kartelle auf die Verbraucher hänge, so wird tiefinnig bemerkt, von der Art ab, wie sie geleitet würden. Sie könnten Fehler begehen und Mißbrauch treiben wie die Einzelunternehmer, doch müsse ihr eigenes wohlverstandenes Interesse sie zu einer vernünftigen Politik führen. Müßig?

Sehr vorsichtig sind die Ausführungen über die Auswirkungen der Kartelle auf die Zollpolitik. Sie seien nicht so sehr auf hohe Zölle angewiesen wie Einzelunternehmungen. Ganz könnten sie die Zölle natürlich nicht ersetzen; sie zeigten aber die Tendenz zu einer Stabilisierung und Mäßigung der Zölle.

Und nun die Verträge für den Arbeiter! Ihm könne durch größere Verminderung der Marktschwankungen und der Wucht der Krisen auf dem Weg der Kartelle größere Stabilität in der Beschäftigung gegeben werden als in den isolierten Industrien. Wenn es den Kartellen gelinge, ein größeres Gleichgewicht in den Preisen der guten und der schlechten Zeiten auszurichten, so verschafften sie auch den Industriellen die Möglichkeit, in Zeiten wirtschaftlicher Depression Löhne aufrechtzuerhalten, die nicht so niedrig seien wie die einer regellosen industriellen Lage. Weniger ungünstige Verkaufspreise zwängen die Industriellen nicht, die Löhne um die Differenz herabzusetzen, die für die Existenz ihrer Betriebe unerlässlich sei. Zeitig spiel graue Theorie einsteilen! Und das gleiche gilt für die ungeliebte lohnpolitische Maßnahme durch Kartelle. „Man wirkt oft ein, die Kartelle bilden gegenüber den Arbeiterorganisationen eine Macht, die dem Verlangen der Arbeiter viel mehr widerstehen könne. Man muß aber bedenken, daß eine stabilere und ausgeglichene Lage der Produktion immer eine Atmosphäre herstellt, die den Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Lohnempfängern günstiger ist.“ Die Gewerkschaften haben in diesem Punkt Erfahrungen, die nicht so optimistisch klingen.

Jeder Staat, so heißt es in der Studie weiter, solle nur gegläubte Handhaben gegen Kartelle schaffen, um Mißbräuche eindämmen zu können. Internationale Kontrolle sei unmöglich. Eine lokale Veröffentlichung dagegen könne verlangt werden. Es genüge daß der Staat im Bedarfsfall seine Rolle als Schiedsrichter zur Wahrung des allgemeinen Interesses spiele. Den Schlüssel der Studie bildet eine Zusammenfassung, die in der Behauptung gipfelt, die Kartelle seien zwar kein Allheilmittel gegen die Krise, aber für die wirtschaftliche und politische Stabilität der Nationen ein lohnbares Unterfangen, an dem der Völkerbund nicht vorübergehen könne.

Die ganze Schrift ist, wie man sieht, im Grunde nichts anderes als eine Beschäftigung des Völkerbundes und der Regierungen, die Hände von der freien Wirtschaft zu lassen. Die Kartelle sollen frei schalten und walten. Die Zusammenhänge in der Industrie werden als eine Art freiwillige Planwirtschaft der Unternehmer hingestellt. In Wirklichkeit handelt es sich dabei nur um eine bessere Sicherung des privaten Profits. Wenn die „Art, wie die Kartelle geleitet werden“, ausschlaggebend ist für ihre Auswirkungen auf die Völker, dann ist aber nicht einzusehen, warum nicht diese Völker auf die einfache Idee kommen sollen, die Unternehmer durch geeignete öffentliche Organe von ihrer Verantwortung etwas zu entlasten und der Allgemeinheit einen verbindlichen Schutz ihrer Interessen zu verschaffen.

Dem Kritiker der Studie drängt sich unwillkürlich die Erkenntnis auf, daß die arbeitenden Verbraucher durch politische, gewerkschaftliche und wirtschaftliche Überwindung der freien, sich selbst zum eigenen Schutz bereits bindenden, Wirtschaft national und international die planmäßige Organisation der Produktion und Verteilung nach den Gesichtspunkten des Bedarfs und der Lebensrechte der Massen verwirklichen müssen. Erst dann wird ein wahrer Völkerbund möglich sein, ein Völkerbund, der mehr ist als nur eine loje Vereinigung souveräner kapitalistischer Regierungen. Auf der Grundlage der besprochenen Studie kann der jetzige Völkerbund in der Kartellfrage gar nichts tun, was zu einem Fortschritt für die Völker führen könne.

Umgehung des Kündigungs-schutzgesetzes

Die Unternehmer versuchen auf jede Art und Weise, das für sie lästige Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte zu umgehen. Wie wichtig es für die in Frage kommenden Angestellten ist, der zuständigen freien Gewerkschaft anzugehen, zeigt folgender Fall, den die Verhandlungschrift des F. d. A. „Der freie Arbeiter“ veröffentlicht.

Der zugrunde liegende Tatbestand ist kurz folgender: Die beiden Kläger sind langjährige kaufmännische Angestellte einer Firma, deren Inhaber die drei Beklagten sind; die Firma hat nun am 29. September 1930 sämtlichen Angestellten, auch den Klägern, parolmäßig wegen möglicher Beurlaubung zum 31. März 1931 kündigen wollen. Mit Schreiben vom 25. März 1931 hat sie den Klägern den aufgeschobenen Arbeitsvertrag für die Zeit vom 1. April bis 30. April 1931 hergestellt, erneuert, daß der Arbeitsvertrag an diesem Tage ohne Kündigung erlosche. Sie hätte folgende Bemerkung bei: „Der Arbeitsvertrag gilt jeweils um den dazwischenliegenden Monat verlängert, wenn nicht bis zum 20. des Vormonats letztes der Firma eine entgegengesetzte Mitteilung erfolgt.“ Die Kläger haben sich damit einverstanden erklärt. Am 30. Mai 1931 teilte die Firma den Klägern mit, sie müsse am

20. Juni von der mit ihnen vereinbarten Kündigung Gebrauch machen, monach das Angebotsverhältnis der Kläger mit dem 30. Juni 1930 erlosche. Die Firma hat die Kläger noch bis zum 31. August 1930 beschäftigt.

In dem Abkommen vom 25. März 1929 finden die Kläger eine Umgehung des Kündigungsschutzgesetzes. Sei beantragen, mit der Klage festzustellen, daß ihr Vertragsverhältnis bis zum 31. Dezember 1930 fortbestehe. Das Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen. Das Landesarbeitsgericht hat das erste Urteil abgeändert, die beantragte Feststellung getroffen und außerdem die Revision zugelassen. Die Revision der Beklagten wurde indes zurückgewiesen; aus den Gründen ist folgendes besonders von Bedeutung: Der Berufungsrichter erwägt: mit dem Abkommen vom 25. März 1929 habe die Firma mit den Klägern ein neues Dienstverhältnis abgeschlossen, zunächst auf bestimmte Zeit, nämlich den Monat April 1929, doch mit der Abrede jeweiliger Verlängerung um einen Monat, wenn nicht die Firma bis zum 20. des Monats kündigt. Das sei der Fall des § 67, Abs. 3 HGB. Deshalb sei dieser Paragraph anzuwenden; die Kündigungsfrist müsse für beide Teile gleich sein und dürfe nicht weniger als einen Monat betragen.

Da nach dem Abkommen die Kündigung nur der Firma zugestanden und die Frist nur zehn Tage betragen habe, sei das Abkommen nichtig. An Stelle der nichtigen Abrede gelte die gesetzliche Kündigungsfrist, und das sei hier diejenige des Kündigungsschutzgesetzes. Danach sei die Klage gerechtfertigt.

Arbeiterentlassungen in der Eisenindustrie

Düsseldorf, 7. Januar (Eigener Funkbericht).

Die Vereinigten Stahlwerke beabsichtigen neue Arbeiterentlassungen. Geplant ist die Entlassung von rund 1200 Arbeitern der Bergbaugruppe Hamborn, die Ende Januar erfolgen soll. Die Mannesmann-Werke haben für ihre Abteilungen in Gelsenkirchen die Kündigung von etwa 1000 Arbeitern ebenfalls für Ende des Monats ausgesprochen.

Die Abkündigung des Ruhrbergbaues haben sich weiter verschlechtert.

Rein europäischer Bergarbeiterkongress

Die Bergarbeiter-Internationale teilt mit, daß die kürzlich verbreitete Meldung über die Einberufung eines europäischen Bergarbeiter-Kongresses unrichtig ist. Ob im Jahre 1932 ein ordentlicher internationaler Bergarbeiterkongress abgehalten werden wird, unterliegt der Beschlussfassung des Internationalen Bergarbeiterkomitees, das am 8. Januar in Genf zusammentritt. Diese Beratung dient hauptsächlich der Vorbereitung der vom Völkerbund für den 11. Januar einberufenen Kohlen-Sachverständigenkonferenz, zu der außer Regierungs- und Unternehmervertretern auch Arbeitnehmervertreter geladen sind.

Die Folgen des Faschismus für die italienische Wirtschaft

Es wird viel über dieses Thema gesprochen, ohne daß jedoch Tatsachen erörtert werden, die die Folgen des faschistischen Regimes für die Wirtschaft des Landes in vollem Licht beleuchten. Es ist daher interessant, einige Daten aus italienischen und internationalen offiziellen Zeitschriften und Tageszeitungen, wie z. B. aus der „Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia“, dem „Bulletin Mensuel de la Societä des Nations“, dem Mailänder „Corriere della Sera“ usw., anzuführen und sie als deutlichen Beweis des vom Faschismus verursachten Ruins, unseren Lesern zu unterbreiten.

Bzüglich der Konkurse, von denen der italienische Diktator behauptet, sie seien ausschließlich von der Weltkrise beinflusst, muß man vor allen Dingen hervorheben, daß im Jahre 1920, als die faschistische Bewegung kaum im Keime war, trotz der Unruhen der Nachkriegszeit im ganzen Lande nur 798 Konkurse erklärt wurden. Es folgten dann zwei volle Jahre Bürgerkrieg, in deren Verlauf sich der Faschismus, von der Schwerindustrie durch Geld, von den Großgrundbesitzern durch Zutrom von Mannschaften und von der Regierung durch übertriebene behördliche Rücksicht unterstützt, langsam behauptete, während die Wirtschaft unter diesen Umständen zu leiden begann. Im Jahre 1922, als die Faschisten vom König zur Regierung des Landes gerufen wurden, gab es 3858 Konkurse; von diesem Jahre, also lange bevor die Weltkrise sich bemerkbar machte, beginnt der immer stärkere Verfall der italienischen Wirtschaft auf allen Gebieten, obwohl der Kurs der Lire, ohne jede wirtschaftliche und staatsmännische Bedachtsamkeit, von Mussolini viel höher stabilisiert wurde, als ihre tatsächliche Kaufkraft erfordern hätte.

Bevor nun die Ergebnisse, die aus den faschistischen Blättern Italiens entnommen sind, hier wiedergegeben werden, ist zu bemerken, daß infolge einer ministeriellen Verordnung, die den Zweck hat, Paniken vorzubeugen, die italienischen Gerichte nur solche Konkurse zulassen dürfen, die von zahlungsunfähigen Firmen verlangt werden, während bei großen Firmen und Gesellschaften erst die Zustimmung des Innenministeriums eingeholt ist.

Hier die Statistik über die Konkurse, die während der Dauer des faschistischen Regimes erklärt wurden:

1923 1924 1925 1926 1927 1928 1929 1930

5352 6940 7095 7631 10366 11946 11546 12196

Diese Zahlen betreffen nur die Konkurse, die von den Gerichten erklärt wurden, nicht aber die ungelassen gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichs. Man muß hervorheben, daß die wichtigsten Banken, Aktiengesellschaften und Firmen aus Gründen der öffentlichen Ordnung zum Konkursverfahren überhaupt nicht zugelassen werden, sondern vorher einen gerichtlichen Vergleich zustande bringen. So ist es u. a. bei den folgenden Unternehmen geschehen: Bonifazio Ferraresi, Italgas A.S.N.A., Banca del Credito Veneto, Cotontificio Benetton, Acciaierie & Ferrerie di Novi, Unione Italiana Cementi, Banca del Credito Polesano, Fondiaria Generale, Fondi Rustici.

Bankrottstatistik

1922 1923 1924 1925 1926 1927

306 703 427 224 544 054 638 270 649 520 1 096 447

1928 1929 1930

1 036 297 918 008 1 068 718

Wie aus diesen beiden Aufstellungen hervorgeht, hat die Weltkrise nur einen, schon sehr schlimmen wirtschaftlichen Zustand getroffen, aber auf dem Faschismus allein läßt die schwere Schuld, die es so weit kommen konnte.

Interessant ist auch folgende andere Bankrottstatistik zu beachten:

Aktiengesellschaften

Der Bereich der italienischen Aktiengesellschaften weist auf diesem Gebiete wichtige Enthaltungen. Im Jahre 1930 wurden

Der Güterverkehr der Reichsbahn

legte im November gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres einen Rückgang von 11,74 Prozent, und gegenüber November 1929 sogar von 26,18 Prozent. Der Personenverkehr ist ebenfalls weiter gesunken. Die Einnahmen zeigten mit 290,01 Millionen einen bisher noch nicht verzeichneten Tiefstand; der Einnahmefall in Personen- und Gepäckverkehr beträgt gegenüber November 1930: 19,7 und gegenüber November 1929: 25,4 Prozent; beim Güterverkehr liegt eine Einnahmefallung um 17,9 bzw. 38,7 Prozent vor. Die Gesamtausgaben betragen 384,55 Millionen. Sie sind durch die Einnahmen nicht entfernt gedeckt. Die seit Beginn des Jahres 1931 durch Betriebseinnahmen nicht gedeckten Ausgaben betragen Ende November 401 Millionen Mark. Gegenüber Oktober war im November die Beschäftigtenzahl von 673 681 auf 663 463 Personen verringert.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten

(Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Dezember auf 130,4 gegenüber 131,9 im November; der Rückgang beträgt somit 1,1 v. H. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bezugsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 16 auf 119,9, für Bekleidung um 2,1 auf 129,1, für sonstigen Bedarf um 0,6 auf 180,5 Prozent. Die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht verändert, die für Heizung und Beleuchtung ist mit 148,8 nahezu unverändert geblieben. In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren, für Milch und Milchzeugnisse, sowie für Brot und Mehl gesunken, die Ausgaben für Gemüse aber gestiegen.

Die konsumgenossenschaftliche Werbewoche

die vom 8. bis 15. November vorigen Jahres veranstaltet wurde, hatte trotz der Schwere der Wirtschaftsverhältnisse ein erfreuliches Ergebnis. Bisher läßt sich übersehen, daß 33 400 neue Mitglieder bei einzelnen Vereinen gewonnen worden sind. Die Werbeveranstaltungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Neue nicht unerhebliche Mitgliederzugänge dürften noch erwartet werden.

Für die rheinische Holzindustrie wurde in einem ordentlichen Schlichtungsverfahren ein Schiedsspruch gefällt. Danach soll der Spitzenkundenlohn bis Ende Februar 95 Pf. und danach 92 Pf. betragen. Der Schiedsspruch ist erstmalig zum 31. Mai kündbar. Die Erlösungsfrist läuft am 13. Januar ab.

Landwirtschaftliche Kredite

Im Dezember 1929 wurde eine „Nationale Landwirtschaftliche Kreditanstalt“ neben der schon bestehenden „Grund- und Boden-Kreditanstalt“ gegründet. Allein im ersten Jahre ihres Bestehens sind an sie Kreditforderungen von 1 507 069 544 Lire gestellt worden, wovon 447 Millionen bewilligt wurden. Im selben Jahre wurden von der „Grund- und Boden-Kreditanstalt“ Kredite von 993 Millionen gewährt, was zusammen eine Milliarde 440 Millionen Lire ausmacht. Vergleichsweise und um zu beweisen, wie die faschistische Wirtschaftspolitik an allem die Hauptschuld trägt und die Weltkrise nur später dazu beigetragen hat, genügen folgende Ziffern:

1926 wurden 369 Millionen Lire, 1927 518 Millionen Lire, 1928 826 Millionen Lire an landwirtschaftliche Kredite bewilligt. Die amerikanische Krise, von der hauptsächlich behauptet wird, sie habe die Landwirtschaft Italiens mit sich gezogen, hat erst im Jahre 1929 begonnen!

Börsenbetrieb

Im Jahre 1928 wurden 73 Millionen Aktien Werte von 34 Milliarden Lire gekauft und verkauft. In den Jahren 1929 und 1930 fielen die Aktien auf 25 beziehungsweise 37 Millionen und ihr Gesamtwert auf 20 bzw. 10 Milliarden Lire!

Wertverminderung der Aktien

Nicht nur der Geschäftsbetrieb ist auf den italienischen Börsen hart gesunken, sondern auch der durchschnittliche Wert der industriellen Papiere ist erschreckend gefallen. Man könnte hier Hunderte von Beispielen anführen, doch wir wollen uns mit zwei Fällen begnügen und dann die Tabelle wiedergeben, die Professor Bachi von der römischen Universität über die Gesamtveränderungen auf diesem Gebiete verfaßt hat. Die Aktien der „Bonifazio Ferraresi“, eine kolossale Aktiengesellschaft, die unter dem direkten Schutz des Luftwaffenministers Italo Balbo stand, waren im Februar 1930 noch mit 482 Lire bewertet und sanken im folgenden September, als um den Vergleich angefaßt wurde, auf 18,50 Lire! Die Aktien der „Acciaierie & Ferrerie di Noviigure“, die im März mit 194 Lire bewertet waren, waren im Dezember 1930 (siehe Börsenverzeichnis) zu 80 Centesimi angesetzt! Nach der Berechnung von Professor Bachi haben vom Dezember 1929 bis Dezember 1930 folgende durchschnittliche Gesamtveränderungen der Werte der Stahl- und Industrie-Papiere stattgefunden:

Banken: 5,37; andere Finanzinstitute: 6,33; Privatbahnen: 32,57; Seilbahntransporte: 23,1; Seiltransporte: 9,58; Seidenindustrie: 29,2; Glasindustrie: 30,1; schwere Industrie: 4,8; mechanische Industrie: 21,9; Automobilindustrie: 35,6; Baumstoffindustrie: 32,2; Wolllandindustrie: 28,4; Metallindustrie: 18,7; chemische Industrie: 42,1; Zuckerindustrie: 3,27; Lebensmittelunternehmen: 2,9; Zementwerke: 13,0; Versicherungskassen: 6,6; Versicherungen: 20,3; Bekleidungsindustrie: 37,3.

Diese Tabelle ist überaus geeignet, alle unsere Behauptungen zu unterstützen und den unglücklichen Verfall des italienischen Marktes auf allen Gebieten der Wirtschaft zu zeigen. Man beachte insbesondere die Ziffern über die Automobilindustrie, die früher stark entwickelt war und über die Baumwollindustrie, die von einem Rückgang des Weltmarktes litt.

Der rationalisierte Zeppelin

„L. 3. 129“ wird mit Heliumgas gefüllt — Dieselmotoren — Rauchen nicht verboten!

In Friedrichshafen entsteht zurzeit ein Bruder des „Graf Zeppelin“, L. 3. 129. Das Luftschiff, das im Gegensatz zu den bisherigen deutschen Zeppelin mit Heliumgas gefüllt werden wird, soll zum Frühjahr 1932 fertig sein. Der Bau des „L. 3. 129“ geschieht im Hinblick auf die augenblicklichen Berliner Verhandlungen des „Austausches für Verkehr, Abreibung Luftfahrt, des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees“, an denen auch Dr. Gaener teilnimmt, erhöhte Bedeutung.

„L. 3. 129“ wird wie in der Nachkriegszeit in Friedrichshafen gebaute Luftschiffe hinsichtlich der den Passagieren gebotenen Bequemlichkeiten, aber auch in seinen Größemaken erheblich übertreffen. Die größte Länge vom Bug bis zum Heck soll 247,80 Meter betragen, gegenüber 236 Meter des „Graf Zeppelin“, 200 Meter der „Los Angeles“ und 130,8 Meter der in den Jahren 1919 bis 1921 gebaute Verkehrsluftschiffe „Bodenfer“ und „Nordstern“. Der größte Durchmesser des neuen Schiffes wird 41,20 Meter betragen („Graf Zeppelin“ 30,52, „Los Angeles“ 27,6, „Bodenfer“ und „Nordstern“ je 18,7 Meter). Infolge dieser vergrößerten Abmessungen wird der Reaktionsinhalt auf 200.000 Kubikmeter ausweichen, gegenüber 195.000 Kubikmeter des „Graf Zeppelin“, 70.000 der „Los Angeles“ und 22.500 der beiden anderen Nachkriegsluftschiffe. „L. 3. 129“ wird 52 Jahrgänge, 8 Tonnen Gepäck und Post, je 2 Tonnen Trink- und Gebrauchswasser, 6 Tonnen Ballastwasser und 60 Tonnen Treiböl tragen können.

Zum ersten Male in der Geschichte des Luftschiffbaus überhaupt wird der neue Zeppelin nicht mit Benzin, sondern mit Dieselmotoren ausgerüstet werden. Ihre Leistung wird je 900 bis 1000 Pferdekraft betragen und damit die der bisher üblichen Flugmotoren um fast 100 Prozent übertrreffen. Die Folge davon ist, daß auch hier „rationalisiert“ werden wird. Statt der bisherigen acht Motoren wird man mit der Hälfte auskommen. Aber man wird auch statt 24 Maschinen nur noch 12 zur Bedienung des fahrenden Schiffes benötigen. Die Gewichtersparnis, die der Erhöhung der Nutzlast zugute kommt, wird rund 2400 Kilogramm betragen. Dazu kommt noch die erhebliche Ersparnis an Betriebsstoffen. Der „Graf Zeppelin“ benötigt je Pferdekraftstunde 190 Gramm Blaugas, oder 220 bis 225 Gramm Benzin. Die Dieselmotoren werden nur 165 bis 170 Gramm für die gleiche Leistung benötigen. Das bedeutet bei einer Fahrt von 24 Stunden eine Betriebsstoffersparnis von mehr als 4000 Kilogramm.

Das Gerippe des Schiffes wird wieder aus dem bewährten Duraluminium gebildet sein. Es wird in 16 Abteilungen unterteilt, die die einzelnen Gaszellen, die ebenfalls wieder aus Goldschlägerhaut angefertigt werden, aufnehmen sollen. Die Konstruktion wird sich im übrigen an die bisher erprobten Ausführungen anlehnen. Der Führerraum wird wie bisher vorliegen. Der mit allem Komfort ausgestattete Fahrgastraum wird dagegen mittig angeordnet sein. Die Fahrgäste sollen mehr Annehmlichkeiten als bisher genießen können. Auch ein Rauchsalon wird auf dem neuen Schiff nicht fehlen. Auf den bisherigen, mit Wasserstoffgas gefüllten Luftschiffen war das Rauchen streng untersagt.

Das obere, sogenannte A-Deck wird 26 zweibettige Kabinen umfassen. Bordbord, d. h. links vom Heck des Schiffes aus gesehen, wird der Speiseraum liegen, dessen Fenster in einem Winkel von 45 Grad geneigt sind. Dadurch werden die Fahrgäste die überfliegene Strecke unter sich betrachten und auch den Horizont erfassen können. Der Speiseraum wird von einem Wandelgang flankiert. Steuerbords wird der Fahrgast ein Les- und Schreibzimmer finden. Das untere Deck wird außer dem Rauchsalon die elektrische Küche, die durch einen Speisenaufzug mit dem Speiseraum verbunden ist, Bad und Toiletten, das Schiffsbüro, sowie die Offiziersmesse aufnehmen.

„L. 3. 129“ soll vor allem in der Südamerikafahrt Verwendung finden. Die bisherigen Fahrten des „Graf Zeppelin“ haben die französische „Aero postale“, die den zum Teil durch Flugzeuge, zum Teil durch Schnellschiffe verkehren Postdienst zwischen Frankreich, Dakar (Westafrika) und Argentinien vertritt, veranlaßt, Verhandlungen mit Friedrichshafen anzuknüpfen, die das Ziel haben, den Zeppelin auch für ihre Zwecke auswertbar zu können. Das ist umso bemerkenswerter, als diese Gesellschaft als Konkurrenzunternehmen des Zeppelin-Südamerikadienstes gegründet worden war. Aber auf lange Zeit hinaus wird das gut konstruierte und sicher geführte Luftschiff dem Flugzeug auf den Ozeanstrecken überlegen sein.

Vertauschte Leichenteile . . .

Die Mischwirtschaft im Lübecker Krankenhaus.

Im Calmette-Projekt kam es am Mittwoch, dem jetzigen Verhandlungstag zu einer ungeheuren Sensation. Rechtsanwält Dr. Wittern hatte am Dienstag auf die verschiedenen Sektionsbefunde an den Organen des Kindes Keuner hingewiesen. Dr. Wiener hatte bei diesem Kinde eine ausgedehnte Darmtuberkulose festgestellt. Professor Schürmann wollte indessen an den Organen nur normale Lymphknoten, im übrigen aber eine Lungen- und Nieren-tuberkulose fest. Am Mittwoch machte nun der Leichenbedienter des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck die sensationelle Mitteilung, daß sich im Leichenhause des Krankenhauses noch Organ- teile der Kinder Keiners, Keuner und Schwarz befinden. Professor Schürmann: „Das war mir bisher vollkommen unbekannt. Die Mischwirtschaft, daß man mir nicht den Darm des Kindes Keuner zur Untersuchung nach Berlin geschickt hat, sondern einen anderen Darm.“

Als dann die noch vorhandenen Organenteile aus dem Krankenhaus herbeigebracht wurden, ergab sich, daß die Leichenteile der verschiedenen Kinder in Bündeln durcheinander lagen. Der Darm, den Professor Schürmann in Berlin zur Untersuchung hatte, scheint identisch zu sein mit dem Darm, den Professor Dörrle seinerzeit gesehen hat, daß er aber nicht identisch war mit dem Darm, den Dr. Weiser untersuchen hatte.

Noch fehlt nicht fest auf wen diese folgenschwere Verwechslung der Leichenteile zurückzuführen ist, aber das Bild, das man nunmehr von den Umständen im Leichenhause des Lübecker Krankenhauses gewinnt, paßt zu dem Bild, das man bisher bereits aus dem Laboratorium des gleichen Krankenhauses gewonnen hat.

Die Goethe-Feier

Die offizielle Weimarer Goethe-Gedächtnis-Feier wird unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten vom 20. bis zum 22. März stattfindend. Gemeinnützige Veranstaltungen sind das Hauptmerkmal des Festes, das die Weimarer Kulturbühnenministerin, die Weimarer Landesregierung, Weimarer und die Deutsche Goethe-Gesellschaft. Eine Reihe namhafter Künstler und Schriftsteller aus Frankreich, England, Spanien, Italien, Österreich, Ungarn, Portugal, Schweden, Holland, Japan, Brasilien und den Vereinigten Staaten werden durch eine Festkommission, Goethe und die Welt, die Welt zu sehen werden.

Die Goethe-Feier in Weimar ist für den 22. März festgesetzt. Die Festkommission ist durch den Reichspräsidenten ernannt.

Goethe-Preisräger des Jahres 1928, der im Februar aus Afrika zurückkehren wird, hat für die im Kaiserpalast des Römers stattfindende Feier die Gedächtnisrede übernommen. Die Goethe-Ausstellung im erweiterten Goethe-Museum wird erst im Anschluß an die Frankfurter Tagung der „Sektion für Kunst und Literatur“ des Völkerbundes am 15. Mai eröffnet werden. Die Verleihung des Goethepreises soll 1932 ausnahmsweise in der Paulskirche stattfinden.

In Amerika bereitet die „Goethe-Society of America“ unter ihrem Präsidenten Emanuel de Waryn Baruch zahlreiche von den großen Universitäten unterstützte Feiern vor, die sich um eine Hauptveranstaltung in der New Yorker Carnegie Hall gruppieren werden. Bei der New Yorker Hauptfeier sollen neben Gelehrten auch Regierungsvertreter aus USA und Deutschland das Wort ergreifen. Die Geisteswelt Amerikas haben in verschiedenen Rundgebungen den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die amerikanischen Goethe-Feiern nicht zu hohlen, phrasenreichen Massenmeetings werden sollen, sondern zu brüderlich-schlagenden Veranstaltungen, durch die dem amerikanischen Volk ein Begriff gegeben werden soll von der in Goethes Werk so hervorragend repräsentierten deutschen Kultur. Die New Yorker Columbia-Universität und das Carnegie-Institut haben sich mit einer Stiftung von je 500.000 Mark an der geplanten 50tägigen Weimarer Goethe-Tagung, die auch sonst im Ausland das größte Interesse findet, beteiligt.

Die Hochwasserkatastrophe

Die Hochwasserlage in Dessau hat sich außergewöhnlich verschärft. Bereits Mittwoch mittag war die Stadt in zwei Hälften geteilt, zwischen denen keine Verbindung mehr bestand. Die Reichswehr, Technische Rotziffe, Volkshilfsgruppen und Feuerwehrlagen wurden eingesetzt, um die Dämme zu schützen. Bei Regau ist der Damm der Mulde gebrochen. Die Orte Jeschütz und Raguhn sind aufs äußerste bedroht. Auch in dem Gebiet zwischen Elbe und Mulde wird die Lage immer bedrohlicher.

In Sachsen gilt die Hochwassergefahr als beendet, obwohl die Elbe noch bis Donnerstag ansteigen und einen Höchststand von 240 bis 250 cm über Null in Dresden erreichen dürfte. Die Elbwehren und die Elblais am Terrassenufer in Dresden sind am Mittwoch nachmittag überschwemmt worden. Aus Böhmen wird jedes schon ein Fallen des Wassers der Kolbau und der Eger gemeldet, so daß binnen kurzem auch der Elbwehrrand wieder fallen dürfte. Der an mehreren Stellen unterbrochene Eisenbahnverkehr konnte überall wieder aufgenommen werden, mit Ausnahme der Strecke Lauenstein-Glashütte.

Verurteilter Kriegsgewinner

Dem Pariser Strafgericht wurde ein Industrieller aus Reims zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte seinen persönlich erlittenen Kriegsschaden um 50 Millionen Francs zu hoch angegeben und das Geld einfließert.

Sturm über England

Ein schwerer Südweststurm wütet seit 24 Stunden über England. Der Dampfer „Jersey City“ (6322 Tonnen) befindet sich bei den Scilly-Inseln in Not. In der Themsemündung bei Southend ist ein Motorschoner gesunken. Die Mannschaft konnte mit Mühe gerettet werden.

Orkan über Bali

Durch einen heftigen Orkan wurden die beiden östlich von Java gelegenen Inseln Bali und Lombok heimgeschlagen. Da infolge der Unterbrechung sämtlicher Telefon- und Telegraphenverbindungen die Inseln völlig isoliert sind, fehlen noch Einzelheiten über den allumfassenden nach sehr bedeutenden Umfang der Katastrophe.

Schwerer Orkan über Niederländisch-Indien

Niederländisch-Indien wird von einem schweren Orkan heimgeschlagen. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen mit den Inseln Bali und Lombok sind unterbrochen. Nachrichten in Amsterdam eingetroffenen Meldungen scheinen der Orkan katastrophale Folgen zu haben. Da die telegraphischen und telefonischen Verbindungen mit den beiden Inseln unterbrochen sind, ist der Umfang der angerichteten Verheerungen noch nicht abzusehen. Die niederländisch-indische Luftverkehrsgesellschaft beschäftigt Flugzeuge zu entsenden, um einen Überblick über die Auswirkungen der Katastrophe zu erhalten.

Ein neues Riesen-Transocean-Flugzeug geplant

Der holländische Flugzeugbauer Koolhoven beabsichtigt ein Flugboot für den Transoceanverkehr zu bauen, das zweimal so groß sein soll wie der Do X. Es soll mit zehn Motoren von 1000 PS ausgerüstet werden. Die Nutzlast soll 42 Tonnen bei einem Gesamtgewicht von 100 Tonnen und die Höchstgeschwindigkeit 310 Stundenkilometer betragen.

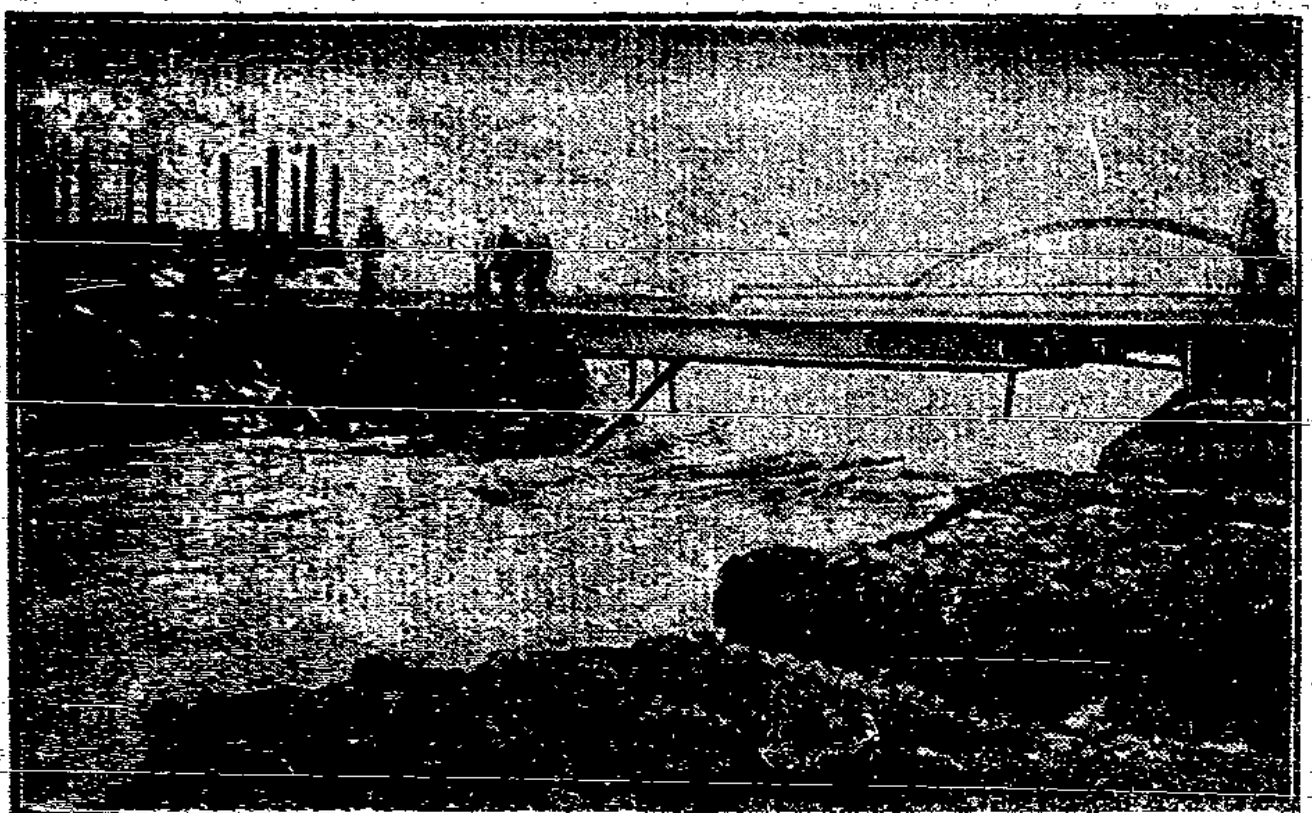
Kongress der Ozeanflieger

Vom 22. bis 30. Mai wird der Aeroklub von Rom ein Treffen aller derjenigen Piloten veranstalten, die mindestens einen Flug über den Ozean ausgeführt haben. Es soll auf Grund der gewonnenen Erfahrungen die Frage der Einrichtung eines regelmäßigen Transoceanverkehrs zur Debatte stehen.

Die Liebe zum Faschismus

In der Türkinke des italienischen Konsulats in Lugano fand man gestern abend ein kleines Paket. Die Polizei öffnete es. Es enthielt zwei mit einem Sprengstoff gefüllte Röhren und eine Zündschnur.

Der Dammbbruch im mittelbadischen Rheingebiet



Das Hochwasser des Ringistuffes, der von den Schwarzwaldhöhen riesige Mengen von Schmelzwasser zu Tale führte, räumte bei dem Bahndamm der Linie Appenweier-Kebl und durch-

brach schließlich den Damm bei dem Ort Neumühl kurz vor Kebl in einer Breite von etwa 30 Meter. Untere Aufnahme zeigt den gehörigen Damm mit der durchströmenden Flut.

Prinzessin Sternmiere

Von G. Th. Nolman.



So oft wegen einer Gelegenheit hatte ich es zu den Gedanken und plauderte gemütlich mit ihrem Freund. Und immer wieder sah ich seiner Freundin heraufenden Blumentau mit Haug bewacht in einem kleinen Blumenfeld. Ja, das war ein Freund, auf den sie sich verlassen konnte. Das sollte sich schon bald zeigen.



In einer Nacht erwachte Eischen plötzlich durch ein lautes Getöse an ihren Hüften. Vor dem Kind stand eine kleine Mannesfrau, nicht größer als Eischen selbst. Sie trug eine kleine brennende Kerze in ihrem Händchen, und ihre dunklen Augen gluckten betrübt und ängstlich. „Ach, komm doch mit!“ flüsterte die Frau. „Mein Kind ist so krank. Ich weiß keinen Rat mehr.“ (Fortsetzung folgt.)